Beschluss Für eine Politik, die junge Menschen in den Mittelpunkt stellt

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	24.05.2025
Tagesordnungspunkt:	7. Verschiedene Anträge

Antragstext

Für eine Politik, die junge Menschen in den Mittelpunkt stellt
Gemeinsamer Antrag der Grünen Jugend MV und Constanze Oehlrich, MdL

977 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren haben an 13 Orten in Mecklenburg-Vorpommern an der U18-Wahl teilgenommen. Dabei entfielen 34,89 % der Stimmen auf die AfD, 19,01 % der Stimmen auf Die Linke, 14,81 % der Stimmen auf die SPD und 11,76 % auf die CDU. Unter die 5-Prozent-Hürde fielen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, (4,83 %), BSW (4,31 %), FDP (3,57%) und die Tierschutzpartei (2,84 %).

Die Ergebnisse der U18-Wahl sind, so der Landesjugendring, nicht repräsentativ, zeigen aber Tendenzen auf. Dass sich Kinder und Jugendliche von der Politik immer weniger gesehen und gehört fühlten, werde seit Jahren von zahlreichen Studien und engagierten Akteuren in der Jugendpolitik belegt. Der Landesjugendring M-V fordert deshalb eine wirksame jugendpolitische Strategie auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Diese müsse die anhaltend hohe Kinder- und Jugendarmut angehen, die unzureichende Finanzierung und Ausstattung der Jugendarbeit und -hilfe beheben sowie langfristige Angebote der politischen Bildung und Demokratiebildung schaffen.

In Mecklenburg-Vorpommern sind 345.000 Menschen von Armut betroffen. Fast ein Fünftel aller Kinder lebt unterhalb der Armutsgrenze, das heißt, das Einkommen ihrer Familien liegt bei unter 60 Prozent dessen, was anderen Familien normalerweise zur Verfügung steht. Besonders erschreckend ist: Immer mehr Kinder und Jugendliche sind von Ernährungsarmut betroffen.

Die Zahl gewaltbereiter Jugendlicher in organisierten Neonazi-Gruppen wie ‚Jung und Stark' oder ‚Deutsche Jugend Voran' steigt nach einem Bericht von Innenminister Christian Pegel deutlich an. Rekrutiert wird in den sozialen Medien, aber zunehmend auch in den Fankurven der Fußballstadien oder in Kampfsportvereinen. Schon jetzt zeichnet sich ab: Im Bereich der „Politisch Motivierten Kriminalität - Rechts" wächst der Anteil jugendlicher Tatverdächtiger.

Nach den jüngst von der Beratungsstelle LOBBI M-V veröffentlichten Zahlen haben rechtsextreme Gewalttaten bei uns im Land einen absoluten Höchststand erreicht. Ein Drittel der von den Taten Betroffenen sind Kinder und Jugendliche. Nicht nur die direkt von rechtsextremer Gewalt Betroffenen leiden unter dieser Entwicklung. Viele Menschen fühlen sich zunehmend bedroht – auch in Situationen, die unterhalb der Schwelle körperlicher Gewalt bleiben.

In einem gemeinsamen Positionspapier der Landesschülervertretungen der Ostländer heißt es: „Rechtsextremismus ist ein aktuell steigendes Problem der Gesellschaft, bei dem wir feststellen müssen, dass es keinen Halt vor den Toren der Schulen macht. Völkische Narrative, antisemitische Verschwörungstheorien und extremistisches Gedankengut treten auch im Raum Schule immer häufiger zu Tage

und treffen dabei auf eine Schulgemeinschaft, die personell, materiell und vom Wissen her schlecht vorbereitet ist."

Die Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern beschließt:

Wir fordern die Landesregierung dazu auf, die Belange junger Menschen in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen.

1. Kein junger Mensch darf in unserem reichen Land von Armut bedroht sein. Denn Armut von Kindern und Jugendlichen bedeutet immer auch Ausgrenzung, Diskriminierung und schlechtere Bildungschancen. Jedes Kind, jede*r Jugendliche verdient Unterstützung, denn Zukunftschancen dürfen nicht von der sozialen Herkunft abhängen. Dabei reicht es nicht, auf die Einführung einer Kindergrundsicherung durch den Bund zu hoffen. Vielmehr muss die Landesregierung flächendeckend für eine gute soziale Infrastruktur hier bei uns im Land sorgen.

2. Die Landesregierung muss gemeinsam mit dem Bund, den anderen Bundesländern und den Kommunen eine wirksame jugendpolitische Strategie erarbeiten und damit die anhaltend hohe Kinder- und Jugendarmut angehen, die unzureichende Finanzierung und Ausstattung der Jugendarbeit und -hilfe beheben sowie langfristige Angebote der politischen Bildung und Demokratiebildung schaffen. Wir fordern hierfür die Schaffung der Stelle einer*eines Kinder- und Jugendbeauftragten, die die Aufgabe erhält, dies sicherzustellen.

3. Junge Menschen brauchen Beteiligungsmöglichkeiten auf allen politischen Ebenen. In Mecklenburg-Vorpommern wurde das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt. Wir fordern eine Absenkung des Wahlalters auch auf Bundesebene. Die rot-rote Koalition hier bei uns im Land hat ein Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz verabschiedet. Kinder und Jugendliche waren daran nicht beteiligt – und das merkt man auch. Wir fordern die Regierungskoalition dazu auf, für Nachbesserungen zu sorgen. Insbesondere sind die Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte von jungen Menschen verbindlich auszugestalten.

4. Junge Menschen haben ein Recht auf Schutz vor Gewalt. Wir fordern wirksame Präventionsmaßnahmen, eine konsequente Strafverfolgung sowie Maßnahmen zur Qualitätssicherung und zum Kinder- und Jugendschutz in allen gerichtlichen Verfahren. Dazu gehören auch Aufklärung, Ausbildung, Fortbildung, Beratung und Unterstützung von Kindern, Jugendlichen, Familien, Jurist*innen, Mediziner*innen, Pädagog*innen und Polizist*innen.

5. Mehr als jeder zehnte junge Mensch in Deutschland hat noch nie von den Begriffen Holocaust oder Schoah gehört. Das hat eine Umfrage im Auftrag der Jewish Claims Conference ergeben. Aus Sicht des Landesschülerrats muss die Institution Schule ein ausreichend großes Wissen über die Vergangenheit sicherstellen. Erreicht werden könne das durch eine Stärkung des Geschichtsunterrichts. Junge Menschen, die nicht den Umgang mit modernen Informationsquellen erlernen, seien zudem dafür anfällig, sich über das Netz zu radikalisieren und Grundprinzipien einer Demokratie zu hinterfragen. In der Schule muss der Umgang mit diesen Medien vermittelt und gleichzeitig über die Methoden der modernen Rechten aufgeklärt werden. Auch sollten die Fächer wie Politik oder Sozialkunde ausgebaut und im Wahlpflichtbereich attraktiver gemacht werden. Diese Forderungen machen wir uns ausdrücklich zu eigen. Da die Konfrontation mit antidemokratischen Inhalten immer früher beginnt, braucht es

eine entsprechende Antwort in der Demokratiebildung. Sie sollte so früh wie möglich beginnen, um den Einflüssen von sozialen Medien schon von Beginn an etwas entgegensetzen zu können.

6. Demokratie darf kein abstrakter Begriff sein, sondern muss immer wieder im eigenen Alltag erfahren und erprobt werden können. Eine demokratische Jugend braucht politische Wirksamkeit, sowie Bildung, die als Querschnittsaufgaben in Kitas, Schulen und Jugendhilfe konzeptionell und finanziell gestärkt werden müssen. Wir fordern die Landesregierung dazu auf, dies sicherzustellen und Demokratiebeteiligungsprojekte, Jugendverbände sowie Kulturangebote, besonders im ländlichen Raum, zu fördern.